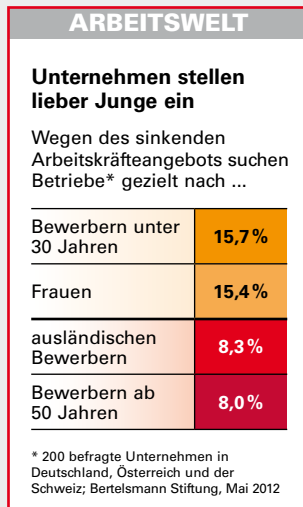
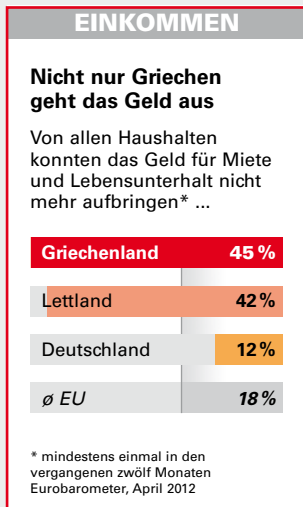
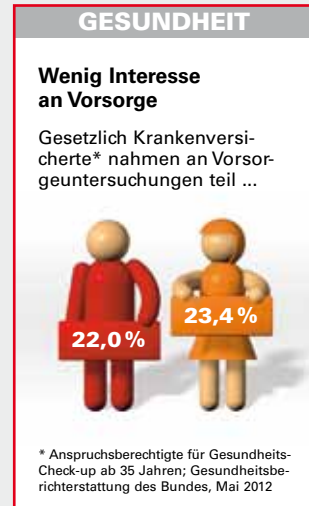
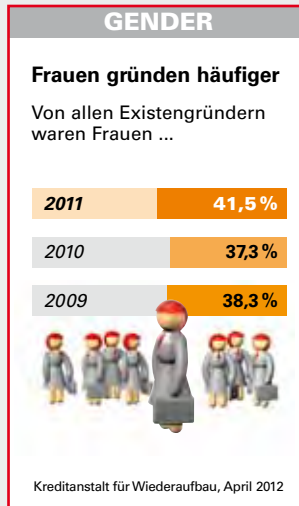
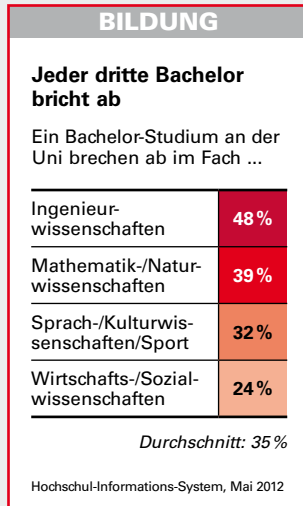
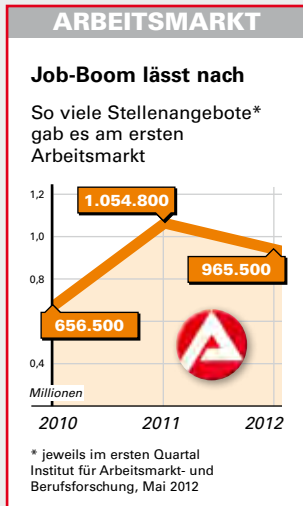


Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **HARTZ IV:** Die geltenden Hartz-IV-Regelsätze sind nach Einschätzung des Sozialgerichts Berlin verfassungswidrig. Der Gesetzgeber habe den Bedarf für ein „menschwürdiges Existenzminimum“ nicht korrekt ermittelt, entschieden die Richter. Im Ergebnis sei der aktuelle Regelsatz von derzeit 374 Euro für Alleinstehende rund 36 Euro zu niedrig, eine dreiköpfige Fa-

milie müsse bei verfassungskonformer Berechnung etwa 100 Euro pro Monat mehr bekommen. Die Berliner Richter legten den Fall zur endgültigen Entscheidung dem Bundesverfassungsgericht vor. In ihrer Urteilsbegründung bezogen sich die Sozialrichter ausdrücklich auf Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung: Sie schlossen sich der Kritik der Verteilungsfor-

scherin Irene Becker und des Juraprofessors Johannes Münder an, die das aktuelle Berechnungsverfahren in mehrerer Hinsicht kritisierten. Dabei ging es unter anderem um bestimmte Verbrauchsposten, die der Gesetzgeber mit fragwürdigen Begründungen aus der Bedarfsliste gestrichen hat. Im konkreten Fall entschieden die Richter über die Kla-

ge einer Familie, die geltend gemacht hatte, „trotz größter Sparsamkeit“ nicht mit dem bewilligten Arbeitslosengeld II und weiteren Einkünften auszukommen, sondern sich regelmäßig privat Geld leihen und ihr Girokonto überziehen zu müssen. Sozialgericht Berlin, Mai 2012
 Beschluss vom 25. April 2012, Az. S 55 AS 9238/12